



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen, die Conferenz und der Bund.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

andern Mitteln. Deshalb haben aber auch die Politiker Unrecht, welche, wie wir mehrfach in den Zeitungen gelesen haben, behaupten, daß aus den Kriegen des letzten Jahrzehnts hervorgehe, wie die Festungen durch die neue Bewaffnung zc. an Bedeutung gewonnen hätten. Wichtig ist, daß die Festungen in der Neuzeit mehr hervorgetreten sind als früher. Aber nur weil die Politik dieser Kriege schwach war. Je entschiedener und größer die politischen Ziele sind, desto leichter ist eine energische Kriegführung möglich. Je entschiedener aber der Krieg, desto mehr Schlacht und desto weniger Belagerungen.

Preußen, die Conferenz und der Bund.

Ein unbekannter Gönner d. Bl. schreibt uns (das Postzeichen scheint Frankfurt zu sein) Folgendes über den Hauptinhalt der Depesche, durch welche die preussischen Gesandten bei den Bundesregierungen angewiesen werden, letzteren die Beschickung der Conferenz zu empfehlen, und welche beiläufig ihren Zweck erreicht zu haben scheint, indem jetzt nur Bayern noch gegen die Beschickung sein soll.

Die Depesche ist vom 29. März datirt und sagt nach einem Ueberblick über den Gang des Conferenzprojects, England habe, indem es die von Dänemark vorgeschlagene Basis der Abmachungen von 1851 und 1852 fallen gelassen, in richtiger Würdigung der Verhältnisse gehandelt; denn Preußen und Oestreich hätten diese Abmachungen weder als Basis noch als Ausgangspunkt einer Conferenz annehmen können, indem sie sofort nach Eintreten der kriegerischen Maßnahmen und später wiederholt erklärt hätten, daß diese Verabredungen nunmehr hinfällig seien. Dänemark habe auf das Unzweideutigste gezeigt, daß es auch ferner nur durch Zwang und Gewalt zur Erfüllung jener Uebereinkünfte angehalten werden könnte, und weder die Pflichten gegen das eigene Land noch die gegen Deutschland erlaubten, einen Zustand herzustellen, der sich als unhaltbar erwiesen habe und dessen Aufrechthaltung stets von Neuem nöthigen würde, Opfer zu bringen, „ohne für dieselben irgendeine Compensation zu erhalten.“ Es liege im Interesse des allgemeinen Friedens selbst, an die Stelle dieses unhaltbaren Zustandes, an welchem man sich früher habe gebunden halten müssen, von welchem Preußen aber durch Dänemark entbunden worden sei, einen naturgemäßen zu setzen, welcher die Bürgschaften seines Bestehens in sich selber trage. Aufgabe der von England angeregten Conferenz sei, die Mittel hierzu zu finden und so einen dauernden Frieden zu begründen, und zwar sei dies die alleinige Aufgabe derselben. Nur zu diesem Zweck könne Preußen sie annehmen.

Dann sagt Herr v. Bismarck weiter: der deutsche Bund befinde sich in gleicher Lage wie Preußen. Zwar habe derselbe an den auf internationalem Rechte basirten Maßregeln der beiden Großmächte bezüglich Schleswigs sich noch nicht betheiliget, aber er könne jeden Augenblick in den Fall kommen, wie in Holstein seine bundesrechtliche Competenz, so auch seine internationalen Ansprüche zwangsweise geltend zu machen. Auch in seinem Interesse liege es daher, die Gefahren zu entfernen, welche aus einer Fortdauer der bisherigen Zustände immer von neuem entspringen müßten, und nicht minder entspreche

es seinem Interesse, daß die neu zu begründenden Verhältnisse eine völkerrechtliche Sanction erhalten, wie sie die vorgeschlagene Conferenz bezwecke.

„Die speciell bundesrechtliche Competenz in Betreff des Bundeslandes Holstein,“ fährt die Depesche fort, „wird dadurch nicht berührt, bleibt vielmehr auf jede Weise vorbehalten. Aber der Bund hat es zu jeder Zeit anerkannt, daß seine Rechte auf Schleswig internationaler Art seien und einer internationalen Behandlung sich nicht entziehen.“

Dann heißt es gegen den Schluß und dies ist die bedeutsamste Stelle der Depesche:

„Wir sind überzeugt, daß unsre deutschen Bundesgenossen von der Nothwendigkeit ihrer Theilnahme an den bevorstehenden Verhandlungen durchdrungen sein werden, und wir können auf Seite des Bundes keinen Grund auffinden, weshalb er seine Mitwirkung zu Berathungen verweigern sollte, welche den von der einladenden Macht ausgesprochenen Zweck verfolgen. Auch der Umstand, daß der deutsche Bund dem londoner Vertrag von 1852 nicht beigetreten ist, während die übrigen Theilnehmer der Conferenz zu den ursprünglichen Unterzeichnern desselben gehören, wird den Bund nicht verhindern können, da der Vertrag in der Einladung gar nicht berührt ist und eine Berathung des Bundes mit den dabei betheiligten Mächten keine Folgerungen über eine Anerkennung desselben zuläßt. Die Herstellung des Friedens, die Verhütung weiterer Complicationen, die Vermeidung fernerer größerer Opfer, endlich die Gewinnung eines Zustandes, bei welchem alle Rechte und Interessen Deutschlands und der Herzogthümer (auch das durch das londoner Protokoll umgestoßene auf einen eigenen Fürsten? — im Fall dies zu bejahen, träte Preußen von dem Protokoll zurück) vollständig gewahrt und für die Zukunft gesichert werden, sind Zwecke, zu deren Erreichung mitzuwirken jede Macht, und vor allem der Bund, als eine Pflicht anerkennen muß. Diejenige Regierung würde eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, welche einen dazu dargebotenen Ausweg von vornherein von sich weisen wollte.“

Wir glauben, daß der Bund ebensowenig wie wir selbst und Oestreich die von Dänemark vorgeschlagene Basis auch nur als Ausgangspunkt der Berathungen hätte annehmen können. Aber wir zweifeln nicht, daß der Bund ebenso wie wir selbst und Oestreich die von England ohne eine solche Basis ergangene Einladung zu Berathungen über die Mittel zur Herstellung des Friedens, wodurch keine Verpflichtung für irgendeine bestimmte Lösung im Voraus übernommen wird, als annehmbar anerkennen und der Einladung entsprechen werde.“ —

„Wenn die Bundesversammlung zunächst im Princip ihre Theilnahme zugesagt, und demgemäß die englische Note beantworten läßt, so wird die Form, in welcher der Bund auf der Conferenz zu vertreten sein wird, Gegenstand weiterer Berathung sein können.“

Aus dem Schluß dieser preussischen Note ergibt sich, daß die österreichischen Gesandten bei den einzelnen Bundesregierungen „in entsprechender Weise“ instruiert sind.

Aus Berlin erfährt man noch, daß der König sich wiederholt gegen das Princip der Integrität der dänischen Monarchie als ein gegen die Legitimität und insofern auch gegen Preußen gerichtetes ausgesprochen hat.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Albert in Leipzig.